

Nationaler Integrationsplan
Themenfeld 5: „Integration vor Ort“
Zwischenbilanzierung

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
Maßnahmen und Selbstverpflichtungen des Bundes				
Durchführung von Modellvorhaben zu kommunalen Integrationskonzepten im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus	BMVBS	<p>BMVBS hat im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) das Forschungsvorhaben „Migration/Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration“ eingeleitet. Die erste Projektphase mit Bestandsaufnahme zur sozial-räumlichen Segregation und zu kommunalen Integrationskonzepten ist abgeschlossen. Zwischenergebnisse sind in der Reihe ExWoSt-Informationen (Nr. 34/1) veröffentlicht und stehen unter www.bbr.bund.de zur Verfügung. In der zweiten Projektphase werden vertiefende Fallstudien zur Integration vor Ort in ausgewählten Städten und Gemeinden durchgeführt.</p> <p>Für die Zwischenbilanz zum Nationalen Integrationsplan wird im Herbst 2008 ein gesonderter Bericht zur Integration vor Ort vorgelegt. Hierzu wurde das laufende Forschungsvorhaben in Abstimmung mit den Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden erweitert.</p>	Das Forschungsvorhaben läuft planmäßig (Abschluss im Juni 2009).	Aus den Ergebnissen wird weiterer Handlungsbedarf zu abzuleiten sein
Auf Nachhaltigkeit angelegte Förderung von Innovations-, Modell- und Impulsprojekten (zielgruppen- und problemorientiert)	BMVBS	Im Hinblick auf die Herausforderungen der Stadtentwicklung in Deutschland hat das BMVBS in Zusammenarbeit mit den Ländern und den Kommunalen Spitzenverbänden	Die Nationale Stadtentwicklungspolitik schafft Plattformen für einen lebendigen Austausch, the-	Die Projektreihe „Für Stadt und Urbanität“ wird fortgeführt. Der zweite Projektauftrag wurde Ende Juni

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		<p>eine Initiative zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik (NSP) begründet. Neben der Weiterentwicklung von bestehenden Förderprogrammen und der Einbindung der Stadtentwicklungspolitik in das gesamtstaatliche Handeln werden im Rahmen der Initiative auf Nachhaltigkeit angelegte Innovations-, Modell- und Impulsprojekte gefördert (Projektreihe „Für Stadt und Urbanität“).</p> <p>Mit dem ersten Projektauftrag wurde ein Grundstein für die Förderung innovativer Projekte der Stadtentwicklung gelegt. Derzeit werden bundesweit 44 Pilotprojekte gefördert, davon 10 im Handlungsfeld Soziale Stadt und Integration (mit insgesamt rund 1,1 Mio. €).</p>	<p>matisiert aktuelle stadtgesellschaftliche Trends und greift beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze auf. Der Themenschwerpunkt Integration, Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe ist ein wichtiges Element der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. An den Ausschreibungen haben sich Projektträger aus allen Bundesländern beteiligt.</p>	<p>2008 abgeschlossen, eine Auswahl der geförderten Pilotprojekte wird noch in diesem Jahr getroffen</p>
<p>Fortführung der Bundesfinanzhilfen und Verstetigung auf dem derzeitigen Niveau für das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“;</p> <p>a) mit Blick auf das Handlungsfeld „Lokale Ökonomie“ sowie</p> <p>b) verstärkte Bündelung mit anderen Fachpolitiken und den Programmen anderer Ressorts</p> <p>c) Erweiterung bestehender Möglichkeit, die Mittel im Rahmen von Modellvorhaben u.a. auch für Maßnahmen der Jugend- und Bildungspolitik einzusetzen.</p>	<p>BMVBS</p>	<p>Das Programm Soziale Stadt ist ein zentrales Instrument zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtquartieren. In dem Programm werden bundesweit über 500 Gebiete in mehr als 320 Städten und Gemeinden gefördert. Von 1999 bis 2008 wurden rund 760 Mio. € Bundesfinanzhilfen zur Verfügung gestellt; zusammen mit den Komplementärmitteln von Ländern und Gemeinden liegt das Gesamtfördervolumen bei rund 2,3 Mrd. €. Die Bundesmittel werden im Rahmen der Finanzplanung für die nächsten Jahre verstetigt. Im Haushalt 2009 ist eine Aufstockung der Bundesfinanzhilfen gegenüber 2008 um 15 Mio. € auf 105 Mio. € vorgesehen.</p> <p>Zudem werden seit 2006 neue Akzente in der Förderpolitik gesetzt. Mit der Ausweitung der Förderung auf sozial-integrative Modell-</p>	<p>Das Programm Soziale Stadt wird in Politik und Praxis einvernehmlich positiv bewertet. Mit der neuen Akzentuierung durch Modellvorhaben und den ergänzenden ESF-Programmen ist eine verstärkte Bündelung mit anderen Fachpolitiken gelungen. Dies gilt es fortzusetzen.</p>	<p>Das Programm Soziale Stadt wird verstetigt. Die Bündelung mit anderen Fachpolitiken wird aktuell insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Sport weiter verstärkt.</p>

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		<p>vorhaben u.a. im Bereich der Jugend- und Bildungspolitik (z.B. Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung in der Freizeit) können auch Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten verstärkt unterstützt werden. Die Bündelung mit anderen Fachpolitiken und der Aufbau tragfähiger Partnerschaften vor Ort werden so nachhaltig gestärkt. In den Programmjahren 2006 und 2007 wurden mehr als 420 Modellvorhaben gefördert. Knapp drei Viertel der Modellvorhaben legen einen Fokus auf das Handlungsfeld Integration. Darüber hinaus werden Migrantinnen und Migranten in knapp 80 Prozent der Modellvorhaben als Zielgruppe benannt. Die Möglichkeit des Einsatzes von Mitteln der Sozialen Stadt für Modellvorhaben wird fortgeführt.</p> <p>Mit den ergänzenden Programmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ (2007/2008) und „Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ (2008-2015) werden zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen für Langzeitarbeitslose und Jugendliche – insbesondere auch mit Migrationshintergrund – und zur Stärkung der lokalen Ökonomie in den Gebieten der Sozialen Stadt gefördert.</p>		
Planung eines Investitionspakts mit Ländern und Kommunen, durch den u.a. Schulen und Kindertagesstätten in städtischen Problemlagen zu Stadtteilschulen und Quartierskindergärten umgebaut werden kön-	BMVBS	Bund, Länder und Gemeinden haben den Investitionspakt zur energetischen Sanierung von Schulen und Kindergärten geschlossen. Der seit Jahresbeginn 2008 laufende Investitionspakt hat zum Ziel, den Klimaschutz durch CO ₂ -Minderung zu stärken, Investitio-	Deutschlandweit gibt es ca. 40.000 Schulen (überwiegend Schulen des ersten Bildungsweges einschl. Sonderschulen), ca. 48.000 Kindergärten, Kin-	Der Investitionspakt ist bisher auf ein Jahr ausgelegt (Mittelabfluss bis Ende 2012). Auch aufgrund der hohen Nachfrage in den Ländern wird in den lau-

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
nen		nen in Schulen und Kindergärten zu fördern und zu einer Stabilisierung von städtebaulichen Problemgebieten beizutragen. Der Bund stellt im Jahr 2008 Bundesfinanzhilfen von 200 Mio. € bereit (Verpflichtungsrahmen), die Länder und die Gemeinden kofinanzieren jeweils in gleicher Höhe. Damit werden Investitionen von insgesamt 600 Mio. € angestoßen. Die Zuschüsse können für die energetische Erneuerung z.B. von Schulen, Kindertagesstätten, Turnhallen und Jugendbegegnungsstätten eingesetzt werden. In Städtebauförderungsgebieten kann die bauliche Erneuerung insgesamt gefördert werden, also auch der Ausbau von Stadtteilschulen und Quartierskindergärten.	dertagesstätten und Krippen sowie mehrere zehntausend (Schul-) Turnhallen. Die umfassende bauliche Erneuerung von Schulen und Kindergärten leistet in städtebaulichen Problemgebieten mit erhöhten Integrationsaufgaben einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der Quartiere.	fenden Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2009 eine Verstetigung angestrebt.
Verstärkte Bündelung mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammen, u.a. durch zusätzlichen Einsatz von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der neuen Strukturfondsperiode 2007-2013	BMAS, BMVBS, BMFSFJ	<u>BMFSFJ</u> ESF-Programm LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke): Das Programm wurde in den ersten vier Förderjahren 2003-2007 mit 11.524 Mikroprojekte und einer durchschnittlichen Förderung von 6.750 Euro pro Projekt umgesetzt. Das Programm erreichte über 330.000 Menschen (ca. 56 Prozent Jugendliche). Die Mikroprojekte beziehen einen hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten ein: Rund 45 Prozent der Mikroprojekte richten sich an die Zielgruppe „Ausländerinnen und Ausländer“ und 28 Prozent der Projekte an die Zielgruppe „Aussiedlerinnen und Aussiedler.“	<u>BMFSFJ</u> Auch im letzten Förderzeitraum konnte das Programm erfolgreich fortgeführt werden. Es wurden noch einmal 2.476 Mikroprojekte gefördert, so dass während der ersten fünf Förderjahre 2003-2008 insgesamt 14.000 Mikroprojekte mit einer durchschnittlichen Förderung von 6.500 Euro pro Projekt umgesetzt wurden. Das Programm erreichte über 400.000 Menschen (ca. 56 Prozent Jugendliche). Die Mikroprojekte beziehen einen hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten	Die erste LOS-Programmphase, gefördert aus der ESF-Förderperiode 2000-2007, endet am 30. Juni 2008. Für eine Neuauflage des Programms aus Mitteln der ESF-Förderperiode 2007-2013 ab Januar 2009 werden bis zum Herbst 2008 die Richtlinien weiterentwickelt.

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		<p><u>BMVBS</u> Das erste ESF-Bundesprogramm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ in den Programmgebieten der Sozialen Stadt wurde Ende 2006 gemeinsam von BMVBS und BMAS gestartet. Es hat ein Volumen von bis zu 18 Mio. € (Restmittel aus der EU-Strukturfondsperiode bis 2006, nationale Kofinanzierung BMVBS in Höhe von 5 Mio. € und Beiträge der Projektträger). 48 Projekte werden gefördert, von denen 40% spezifische Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten umsetzen. Die Maßnahmen sind in die integrierten örtlichen Entwicklungskonzepte des Programms Soziale Stadt einge-</p>	<p>ein: Im 4. Förderjahr z. B. richteten sich rund 49 Prozent der Mikroprojekte an die Zielgruppe Ausländerinnen und Ausländer sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler.</p> <p>LOS ist bezüglich der Integration von Migrantinnen und Migranten sehr erfolgreich. Dies wird regelmäßig in den Fortschreibungen der Lokalen Aktionspläne deutlich. Insbesondere der niedrigschwellige und ortsnaher Ansatz der Mikroprojekte hat erhebliche Potentiale in der Integrationsförderung freigesetzt.</p> <p><u>BMVBS</u> Die ESF- Bundesprogramme des BMVBS tragen dazu bei, Maßnahmen der Beschäftigungspolitik, der Bildungs- und Ausbildungsförderung und der beruflichen Qualifizierung sozialräumlich gezielt an die örtlichen Anforderungen anzupassen und so Defizite in den Quartieren abzubauen. Die Angebote richten sich vor allem an Jugendliche und Langzeit-</p>	<p>Das Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ läuft 2008 an. Es erfolgt eine laufende fachliche Begleitung und Evaluierung. Die 2. Förderrunde wird 2011 starten.</p>

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		<p>bunden. Die Laufzeit endet am 30.09.2008.</p> <p>Auf Grund der großen Resonanz und des weiter bestehenden Handlungsbedarfs wird in der neuen EU-Strukturfondsperiode im Zeitraum 2008-2015 das Nachfolgeprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ mit erweitertem Mittelvolumen durchgeführt (104 Mio. € aus dem ESF, 60 Mio. € nationale Kofinanzierung). Zusammen mit den Eigenbeiträgen der Maßnahmenträger steht damit ein Mittelvolumen in Höhe von rd. 182 Mio. € für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Gebieten der Sozialen Stadt zur Verfügung. Im Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens für die erste Förderrunde haben unabhängige Gutachter aus 500 Interessenbekundungen geeignete Projektvorschläge für die Förderung ausgewählt. Im aktuell verfügbaren Mittelrahmen können 93 Bewerber gefördert werden.</p> <p><u>BMAS</u> Im November 2008 werden die ersten der insgesamt 260 ausgewählten Projekte mit einem Finanzvolumen von 175 Mio. € im Rahmen einer 1. Förderrunde des XENOS-Nachfolgeprogramms XENOS - Integration und Vielfalt starten. Davon entfallen 91 Projekte mit einem Finanzvolumen von rund 61 Mio. € auf den Förderschwerpunkt "Integration von Migranten und Migrantinnen in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft". Als neues zusätzliches Programm startete im April 2008 ein Wettbewerbsaufruf zur</p>	<p>arbeitslose und eröffnen neue Perspektiven insbesondere auch für Migrantinnen und Migranten.</p>	

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		<p>arbeitsmarktlichen Unterstützung von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen mit Zugang zum Arbeitsmarkt. Im Rahmen des ESF-Bleiberechtsprogramm werden ab September 2008 bundesweit 43 regionale Netzwerke Bleibeberechtigte und Flüchtlinge beim Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützt. Für das Programm stehen in den nächsten beiden Jahren über 30 Millionen Euro zur Verfügung; 19 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und 12 Millionen Euro aus dem Haushalt des BMAS. Hierzu steuern die durchführenden Initiativen und Träger 3 Millionen Euro Projektmittel bei.</p>		
<p>Erhebung von Daten zur Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund (Zensus 2010)</p>	<p>BMI</p>	<p>Der Bundestag wird im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für das Zensusgesetz in der 2. Hälfte dieses Jahres darüber befinden.</p>	<p>Nach dem Kabinettschluss vom 29.08.2006 sollen die Vorgaben der EU-Zensusverordnung im Sinne der Vermeidung von Bürokratie möglichst 1 : 1 umgesetzt werden. Die Erhebung von Daten über den Migrationshintergrund gehört nicht zu den Pflichtmerkmalen der EU-Zensusverordnung vom 9. Juli 2008. Eine Erfassung ist daher im Gesetzentwurf des BMI, der sich gerade in der Ressortabstimmung befindet, nicht vorgesehen.</p>	
<p>Verankerung von Monitoring und Evaluation als feste Bestandteile des förderfähigen Stadtteilentwicklungskonzepts auch im Hinblick auf Integrationsmaßnahmen im Rah-</p>	<p>BMVBS</p>	<p>Monitoring und Evaluation sind als Bestandteile der integrierten Entwicklungskonzepte in den Kommunen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ förderfähig. Als Steuerungsinstrumente der Stadtteilentwick-</p>	<p>Monitoring und Evaluation sind als Instrumente des Qualitätsmanagements und der Politiksteuerung wichtige strategische</p>	<p>Um Monitoring und Evaluation in der Sozialen Stadt weiter auszubauen, ist der Erfahrungsaustausch über entsprechende Ansätze</p>

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
men des Programms „Soziale Stadt“; verstärkter Erfahrungsaustausch über Monitoring und Evaluation		lung gewinnen sie auch im Hinblick auf Integrationsmaßnahmen vor Ort und die Weiterentwicklung des integrierten Handlungsansatzes kontinuierlich an Bedeutung. BMVBS unterstützt den Erfahrungsaustausch über Monitoring und Evaluation durch die Bundestransferstelle Soziale Stadt (u.a. in Form von praxisorientierten Veröffentlichungen und Veranstaltungen).	Handlungsfelder des Programms Soziale Stadt. Die Einführung entsprechender Instrumente in den Kommunen ist unterschiedlich weit fortgeschritten und daher auch künftig gezielt zu stärken.	auch im Hinblick auf Integrationsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Ländern gezielt fortzuführen. Eine Arbeitshilfe zum Monitoring in der Sozialen Stadt wird derzeit erarbeitet.
Maßnahmen und Selbstverpflichtungen nichtstaatlicher Institutionen und Organisationen				
<p>Die Wohnungswirtschaft unterstützt die Integration von Zuwanderern durch Maßnahmen zur</p> <ul style="list-style-type: none"> - Instandhaltung und Modernisierung der Wohnungsbestände - Gestaltung der Freiräume einschließlich der Grün- und Freiflächen sowie Bereitstellung von Gärten für die Bewohner - Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen - Verbesserung der Sicherheit und Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bewohner, z. B. durch den Einsatz von Conciergen / Hausbetreuern - Erweiterung der Möglichkeiten zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen und von Wohneigentum durch die Bewohner, um deren Interesse an der Qualität der Wohnungsbestände und des 	<p>Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, GdW e.V.</p>	<p>Dauerhaftes Engagement für die Belange der Integration und in vielen Regionen Impulsgeber für Integration. Beispiel: Kongress „Zukunftssicheres WohnLeben – neue Wege zur Integration des VdW Rheinland Westfalen (5.-6.6.2008): Austausch über Entwicklungen und Lösungsansätze, good practice, Schwerpunkt: transkulturelles Wohnquartier.</p> <p>Gründung des Praxisnetzwerks „Zuwanderer in der Stadt“ gemeinsam mit der Schader-Stiftung und dem Deutschen Städtetag (www.zuwanderer-in-der-stadt.de) als Beitrag zum Dialog zwischen Entscheidungsträgern aus Wohnungswirtschaft und kommunaler Verwaltung einschließlich einer deutschlandweiten Übersicht gelungener Integrationsprojekte in einer Praxis-Projektdatenbank.</p> <p>Investitionen in Modernisierung und Instandhaltung steigend (2007: 6,7 Mrd. Euro. Diese Investitionen sowie das Engagement der</p>		

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
<p>Wohnumfeldes zu stärken</p>		<p>Unternehmen im Stadtumbau kommen auch den schwierigen Wohnquartieren zu Gute.</p> <p>Gebot der sozialen Nachhaltigkeit beinhaltet z.B. Aktivitäten im Rahmen des Programms Soziale Stadt, die heute ganz wesentlich von den kommunalen Wohnungsunternehmen und den Genossenschaften gestaltet werden. 2005: 46 Mio. Euro öffentlicher Fördergelder in den Unternehmen genutzt. Hinzu kommen 112 Mio. Euro, die die Unternehmen in Projekte investieren. Nach Schätzungen liegen die Ausgaben Wohnungsunternehmen für die Quartiersentwicklung bei mehr als einer Milliarde Euro.</p> <p>Der GdW hat sich im Rahmen der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Wohnungswirtschaft für die Integration der Wohnimmobilie in die staatlich geförderte Wohnimmobilie eingesetzt. Neue Eigenheimrente (am 20.06.08 verabschiedet) unterstützt Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen bei der Eigentumsbildung und stärkt damit auch Haushalte mit Migrationshintergrund. Insbesondere Wohnungsgenossenschaften, die im Bereich Integration vielfältig aktiv sind, werden mithilfe des neuen Gesetzes ihren Mitgliedern ein attraktives Angebot für eine Reduzierung der Wohnkosten im Alter bieten können.</p> <p>Rund 40% der Unternehmen der GdW haben Begegnungsstätten für ältere Menschen, Familien- und Jugendtreffs und Kinderbetreuungsangebote eingerichtet. Sie</p>	<p>Programm Soziale Stadt: Aus wohnungswirtschaftlicher Sicht ist das Programm von herausragender Bedeutung. Die staatlichen Finanzmittel sind wichtige Voraussetzung für die positive Entwicklung der Quartiere in den nächsten Jahrzehnten.</p>	

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
		engagieren sich damit unmittelbar vor Ort. 4% der GdW-Unternehmen bieten Sprachkurse an. Darüber hinaus werden Schulungen der wohnungs- und immobilienwirtschaftlichen Akademien rund um das Thema Integration angeboten.		
	Deutscher Mieterbund e.V.	In den 322 örtlichen Mietvereinen (insg. rd. 3 Mio. Mitglieder) werden Informationsblätter über Mietrecht auch in den Sprachen der Migrantinnen und Migranten bereit gestellt. In größeren Städten werden auch Mietrechtsberatungen in den Sprachen der Migrantinnen und Migranten angeboten. Mögliche Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Wohnungsmarkt werden mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Einsatz für gesetzliche Maßnahmen der Antidiskriminierung. Migrantinnen und Migranten werden eingeladen, in den Gremien der örtlichen Vereine mitzuwirken. Gezielte Werbung für Toleranz und Offenheit im Umgang mit Migrantinnen und Migranten unter den drei Millionen Mitgliedern. Wohnungspolitische Zielsetzung ist, Belegungsstrukturen zu schaffen und zu erhalten, die auch ethnisch durchmischt sind und die gleichzeitig den sozialen Frieden in den Wohnquartieren garantieren. Hierauf sind zahlreiche Aktivitäten abgestellt.		
Maßnahmen und Selbstverpflichtungen der Migrantenorganisationen				
Migrantenorganisationen und -vereine übernehmen darüber hi-	Bundesverband	Durchführung einer Werbekampagne in der arabischen Gemeinde in Düsseldorf und		Wird regelmäßig wiederholt

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
naus eine wichtige Funktion als Ansprechpartner und Moderatoren in der Quartiersarbeit. Gleiches gilt für die Kirchen und Religionsgemeinschaften	deutsch-arabischer Vereine e.V.	Umgebung mit 10.000 Flyern und Faltblättern.		
Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen, auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften, übernehmen Multiplikatorfunktionen und unterstützen die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen, Kindern und Jugendlichen und ihren Eltern im Quartier. Sie wirken als „Integrationslotsen“ und Moderatoren und vermitteln die Bedeutung von Bildung für die Zukunftschancen der Kinder	Nicht-staatliche Akteure, Religionsgemeinschaften: Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB e.V.)	DITIB ist in folgenden Bereichen aktiv: a) Bildung: Deutsch- und Integrationskurse, Hausaufgabenhilfe, Alphabetisierungskurse, Deutschkurse für Vorschulkinder, Computer-Kurse und Näh- und Textilkurse für Frauen und Jugendliche, sowie Türkisch für Deutsche zur Förderung der als auch des gesellschaftlichen Miteinanders. b) Kultur- und Sportangebote: Kulturkurse (Volkstänze, Erlernen von Musikinstrumenten, Musikchor), Sportkurse (Fußball, Volleyball, Tischtennis, Athletik). c) Beratungs- und Betreuungsangebote in den Bereichen Bildung, Kultur, Religion und Soziales. Unter anderem unterstützen wir die Integration durch „psychologische Betreuung“ von Frauen und Jugendlichen und insbesondere dadurch, dass wir sie in den Bereichen deutsches Schulsystem, Schulprobleme der Kinder und Jugendlichen, sowie Arbeitswelt und soziale Fragen beraten. 2005 Zusammenarbeit mit der KAUSA (Koordinierungsstelle- Ausbildung in Ausländischen Unternehmen); September 2007 bis Juni 2008 Seminarreihe zu „Förderschulen und die Rolle der Familien in der Schulbildung“ in NRW, geplant bundesweit. d) Interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit: Das Referat für interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit veranstaltet Dialogaktivitäten.		

Maßnahmen und Selbstverpflichtungen	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung	Bewertung	Weiterentwicklungsbedarf / Perspektiven
Lokale Unternehmerschaft: Beteiligung an Netzwerken und Kooperationen	Dien Hong e.V., Rostock	XENOS Projekt Aktivierung von Unternehmen mit Migrationshintergrund. 1. Fortbildung für Unternehmer Juli 2008	Große Resonanz, 10 Kooperationspartner bereits vorhanden	
Integrationsarbeit durch Netzwerke mit staatlichen und kirchlichen Stellen.	südost Europa Kultur e.V.	Projekte auf dieser Grundlage: Sozialberatung sowie Traumatherapie für Einzelpersonen und Gruppen; Bereitstellung von Sprachmittlern; Informationsarbeit für Schulen, Wissenschaft, Praktika; Interkultureller Garten: ca. 45 MigrantInnen, Flüchtlinge und traumatisierte Menschen finden gesellschaftliche Teilhabe durch gemeinschaftliches Gestalten und Arbeiten unter Anleitung von fachlicher und sozial erfahrener Betreuung. Der Garten dient aber auch der Kommunikation mit den deutschen Nachbarn und ist Begegnungsort und Treffpunkt für Familienangehörige, Freunde und Anwohner.		